

Ungleichheit und Arbeit

Autoren

Marius R. Busemeyer
Tobias Tober

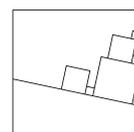
Sozialtransfers, Weiterbildung, kürzere Arbeitszeiten? Die sozialpolitischen Prioritäten von Arbeitnehmer*innen im Zeitalter der Automatisierung

Abstract

Robotisierung, Automatisierung und Digitalisierung verändern die Arbeitsmärkte weltweit – umso mehr, seit die Pandemie die Abhängigkeit unserer Wirtschaft von bestimmten Berufszweigen aufgezeigt hat. Welche Antworten auf diesen Wandel erwarten die Bürger*innen von ihren Regierungen? Unsere Studie in 24 OECD-Ländern zeigt: Es herrscht große Besorgnis über technologiebedingte Arbeitsplatzrisiken, der technologische Wandel weckt aber auch Hoffnungen. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen stoßen auf breite Zustimmung. Diejenigen, deren Arbeitsplatz aber konkret in Gefahr ist, erwarten für die Zeit der Arbeitslosigkeit vor allem kurzfristige, materielle Unterstützung. Die Politik sollte darum eine Balance zwischen notwendigen Investitionen in die digitale Wissensökonomie und sozialen Transferleistungen finden.



Weitere Policy Papers des Clusters
„The Politics of Inequality“
→ [https://www.progressives-zentrum.org/
the-politics-of-inequality/](https://www.progressives-zentrum.org/the-politics-of-inequality/)



Projekt und Daten

Das Projekt „Digitalisierung, Automatisierung und die Zukunft der Arbeit in postindustriellen Wohlfahrtsstaaten“ untersucht unter anderem die individuellen Wahrnehmungen von Risiken des technologischen Wandels und die damit jeweils verbundenen Präferenzen für politische Maßnahmen. In Zusammenarbeit mit der Universität Lausanne und der OECD entwickelte das Projektteam eine Reihe von Fragen und Erhebungsinstrumenten, die in die länderübergreifende Umfrage „Risks that Matter“ aufgenommen wurden. Die Umfrage wurde in 24 OECD-Ländern durchgeführt und erhielt insgesamt etwa 25.000 Antworten, was einen detaillierten länderübergreifenden Vergleich der Präferenzen und Wahrnehmungen ermöglicht.

Mehr Informationen:

<https://www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/risks-that-matter-2020-the-long-reach-of-COVID-19-44932654/>

Digitalisierung als Herausforderung für Arbeit und Wohlfahrt

Die Corona-Pandemie hat weltweit zu großen Verwerfungen auf den Arbeitsmärkten geführt. Allein in Deutschland stiegen die Arbeitslosenzahlen von 5,3 Prozent vor der Pandemie bis auf ein Hoch von 6,4 Prozent im August 2020. Um Arbeitsplätze zu sichern, hat der Staat die Unternehmen in nie dagewesener Weise finanziell unterstützt.¹ Neben den unmittelbaren und kurzfristigen Auswirkungen der Pandemie – z. B. Social Distancing und erhöhte Risiken in den Lieferketten – wurde auch ein anderer Trend beschleunigt: der technologische Wandel, der in Form von Robotisierung, Automatisierung und Digitalisierung schon zuvor für erhebliche Umwälzungen auf den Arbeitsmärkten gesorgt hatte. Software-Anwendungen und Roboter blieben weitgehend unberührt von Kontaktbeschränkungen und Lock-downs. Die Pandemie hat insofern ein neues Schlaglicht auf die Vorteile automatisierter Arbeit geworfen. Sie befeuert aber auch die Sorgen von Arbeitnehmer*innen und damit die Debatte über Auswirkungen des technologischen Wandels auf Arbeit, Wohlfahrt und Politik im Allgemeinen.²

In der Geschichtsforschung wird zu Recht darauf hingewiesen, dass es auch in der Vergangenheit immer wieder Wellen des technologischen Wandels gab, die transformative Auswirkungen auf die Arbeitswelt und in der Folge auf den Wohlfahrtsstaat hatten.³ Es gibt jedoch zwei gute Gründe für die Annahme, dass der aktuelle technologische Wandel insbesondere im kommenden Jahrzehnt tiefgreifendere und weitreichendere Folgen für die Zukunft des Wohlfahrtsstaates haben könnte. Erstens schreiten Digitalisierung, Robotisierung und Automatisierung deutlich schneller voran als frühere Prozesse des technologischen Wandels. Dies liegt zum Teil daran, dass sich die technologischen Entwicklungen in verschiedenen Bereichen – Robotik, künstliche Intelligenz (KI), maschinelles Lernen usw. – tendenziell gegenseitig verstärken, wodurch sich das Tempo des technologischen Wandels weiter erhöht. Zugleich ist die aktuelle Welle des Wandels anders, weil „nicht nur die Muskel-, sondern auch die Gehirnarbeit“⁴ durch Roboter und KI ersetzt werden könnten. Daher, so die Hypothese, könnte die Sorge um den Verlust von Arbeitsplätzen in diesem Jahrzehnt viel stärker verbreitet sein und möglicherweise schwerwiegende politische Folgen haben. Und zwar insbesondere dann, wenn sich Teile der Mittelschicht, die gemeinhin als Stabilisator gesellschaftlicher Verhältnisse gilt, populistischen Parteien zuwenden, um sich gegen technologische Veränderungen und damit verbundene ökonomische Bedrohungen zu wehren.⁵

Um diesen Herausforderungen angemessen begegnen zu können, braucht es genauere Kenntnisse über individuelle Risikowahrnehmungen und die damit verbundenen politischen Präferenzen von Bürger*innen und Beschäftigten. Es stellen sich Fragen wie: Wie besorgt sind die Beschäftigten in verschiedenen Ländern in Anbetracht des technologischen Wandels? Welche politischen Antworten fordern sie von ihren Regierungen? Was erwarten sie vom Sozialstaat? Dazu stellen wir die wichtigsten Ergebnisse einer kürzlich durchgeführten, international vergleichenden Befragung vor (siehe „Projekt und Daten“).

¹ Kurzarbeit sicherte Millionen Jobs. (2021, 10. Mai). Tagesschau.de. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/kurzarbeit-arbeitsplaetze-sicherung-101.html> (abgerufen am 20. Juli 2021).

² Ford, M. (2016). *The Rise of the Robots: Technology and the Threat of Mass Unemployment*. One-world Publications.

³ Mokyr, J., Vickers, C. & Ziebarth, N. L. (2015). *The History of Technological Anxiety and the Future of Economic Growth: Is This Time Different?* *Journal of Economic Perspectives*, 29(3), 31–50.

⁴ Bühner, C., & Hagist, C. (2017). The effect of digitalization on the labor market. In *The Palgrave Handbook of managing continuous business transformation*, 115–137. Palgrave Macmillan.

⁵ Kurer, T. (2020). *The Declining Middle: Occupational Change, Social Status, and the Populist Right*. *Comparative Political Studies* 53(10–11), 1798–1835.

Mögliche Vor- und Nachteile der Automatisierung am Arbeitsplatz

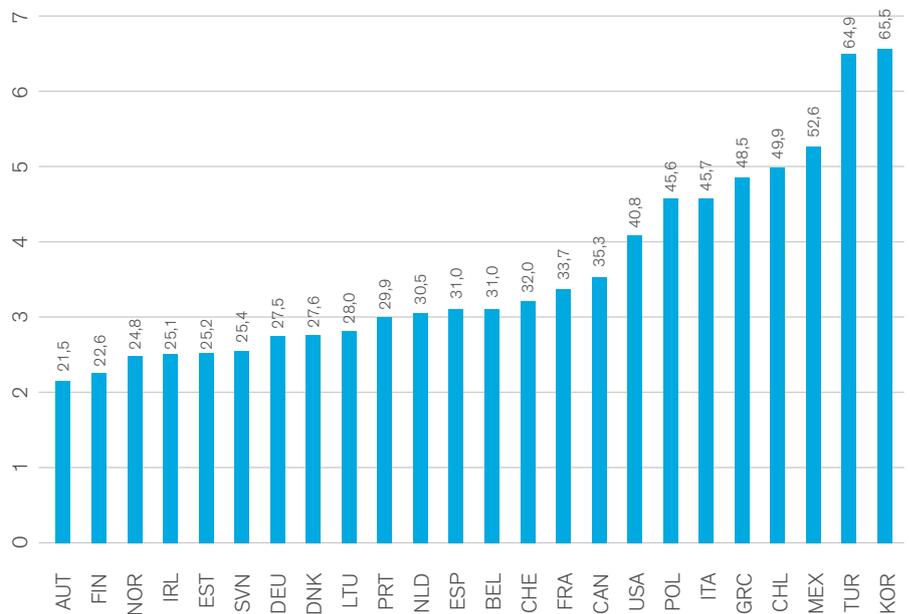
Zunächst wurden die Teilnehmenden gefragt, wie sie die Auswirkungen des technologischen Wandels auf ihre eigenen Berufsaussichten einschätzen (siehe Abbildung 1). Damit wird die Frage nach den technologiebedingten Folgen für den Arbeitsmarkt aus der Sicht derjenigen beantwortet, die direkt betroffen sind oder sein könnten. Die Ergebnisse zeigen, dass die Besorgnis über technologiebedingte Arbeitsmarktrisiken weit verbreitet ist. In allen 24 an der Umfrage beteiligten OECD-Ländern hielten es 35,7 Prozent der Befragten für „wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“, dass ihr Arbeitsplatz „in den kommenden fünf Jahren durch einen Roboter, eine Computersoftware, einen Algorithmus oder eine künstliche Intelligenz ersetzt wird“. Die größten Sorgen machen sich die Beschäftigten in Südkorea (65,5 Prozent), am wenigsten befürchteten die Beschäftigten in Österreich (21,5 Prozent). Mit 27,5 Prozent liegt der Wert für Deutschland ebenfalls unter dem Länderdurchschnitt.

Abbildung 1: Sorgen der Beschäftigten vor den Auswirkungen des technologischen Wandels auf ihren Arbeitsplatz.

Abbildung 1 zeigt den Anteil der Befragten in allen Ländern, die es für „wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“ halten, dass ihr Arbeitsplatz „in den kommenden fünf Jahren durch einen Roboter, eine Computersoftware, einen Algorithmus oder eine künstliche Intelligenz ersetzt wird“.

Liste der vollständigen Ländernamen:

AUT = Österreich,	CHE = Schweiz,
FIN = Finnland,	FRA = Frankreich,
NOR = Norwegen,	CAN = Kanada,
IRL = Irland,	USA = Vereinigte Staaten von Amerika,
EST = Estland,	POL = Polen,
SVN = Slowenien,	ITA = Italien,
DEU = Deutschland,	GRC = Griechenland,
DNK = Dänemark,	LTU = Litauen,
LTU = Litauen,	CHL = Chile,
PRT = Portugal,	MEX = Mexiko,
NLD = Niederlande,	TUR = Türkei,
ESP = Spanien,	KOR = Südkorea.
BEL = Belgien,	



Trotz erheblicher Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern fallen zwei Beobachtungen auf: Erstens haben Beschäftigte, die in gut ausgebauten Wohlfahrtsstaaten leben, tendenziell etwas weniger Befürchtungen vor drohenden technologiebedingten Veränderungen als Beschäftigte in Ländern mit geringerer sozialstaatlicher Absicherung (man vergleiche etwa die Türkei und die USA mit Österreich und Finnland). Zweitens gibt es offenkundig keinen engeren Zusammenhang zwischen den Sorgen der Beschäftigten und dem Ausmaß, in dem ihre nationalen Arbeitsmärkte bereits technologiebedingte Veränderungen durchlaufen haben. Auch hier lohnt ein Vergleich zwischen zwei Pionierländern der Digitalisierung: Finnland (wenig Bedenken) und Südkorea (erhebliche Bedenken).

Darüber hinaus zeigen weitere Analysen, dass eine Mehrheit der Beschäftigten durchaus auch positive Folgen des technologischen Wandels erwarten. Wie in der Fachwelt oft betont wird, kann die Digitalisierung zu einer Ausweitung von Beschäftigungsmöglichkeiten in Wachstumsbranchen führen und so den Verlust von Arbeitsplätzen in anderen Bereichen kompensieren.⁶ Darüber hinaus können Roboter oder Software den Beschäftigten Routineaufgaben abnehmen und so zu einem

⁶ Acemoglu, D. & Restrepo, P. (2019). Automation and New Tasks: How Technology Displaces and Reinstates Labor. *Journal of Economic Perspectives* 33 (2), 3–30.

7 Die Umfrage hatte folgenden Wortlaut: „Regierungen können Maßnahmen einführen, die Beschäftigten und Unternehmen helfen sollen, die Herausforderungen zu bewältigen, die durch Digitalisierung und technologischen Wandel entstanden sind, z. B. veraltete Kenntnisse, Fachkräftemangel und möglicher Arbeitsplatzverlust. Inwieweit würden Sie die folgenden staatlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Digitalisierung und des technologischen Wandels ablehnen oder unterstützen, wenn Sie bedenken, wie viel diese Maßnahmen kosten könnten und wie Sie und Ihre Familie davon profitieren könnten?“

Abbildung 2: Öffentliche Unterstützung für politische Reaktionen auf den technologischen Wandel.

Durchschnittliche Anteile der Befragten, die die jeweiligen politischen Maßnahmen „unterstützen“ oder „sehr unterstützen“.

Folgende politische Optionen standen zur Auswahl:

- A: Mehr Investitionen in die Hochschulbildung und in Berufsbildungsmöglichkeiten für junge Menschen
- B: Mehr Investitionen in Umschulungsmöglichkeiten für Personen im erwerbsfähigen Alter
- C: Mehr Investitionen in die digitale Infrastruktur, z. B. in das Breitbandnetz
- D: Einführung (oder Erhöhung) einer Steuer auf Roboter und/oder Technologieunternehmen
- E: Begrenzung (oder Reduzierung) der Arbeitszeit, damit die vorhandene Arbeit auf mehr Beschäftigte verteilt werden kann
- F: Erhöhung staatlicher Leistungen und Dienste, z. B. Arbeitslosengeld, zur Stärkung des Sicherungsnetzes für Beschäftigte, deren Arbeitsplatz gefährdet ist
- G: Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, das die grundlegenden Lebenshaltungskosten für alle Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation deckt

(Die Fragebatterie zu den politischen Maßnahmen enthielt auch eine Frage zur Zuwanderung von Fachkräften, die wir hier aus der Analyse ausklammern, da sie sich weniger auf die Politik des Wohlfahrtsstaates bezieht, die den Fokus der Analyse bildet.)

höheren Arbeitskomfort beitragen. Schließlich bietet die Digitalisierung die Möglichkeit, neue Arbeitsmodelle und Büroabläufe einzuführen (z. B. Homeoffice), die den Beschäftigten mehr Autonomie ermöglichen.

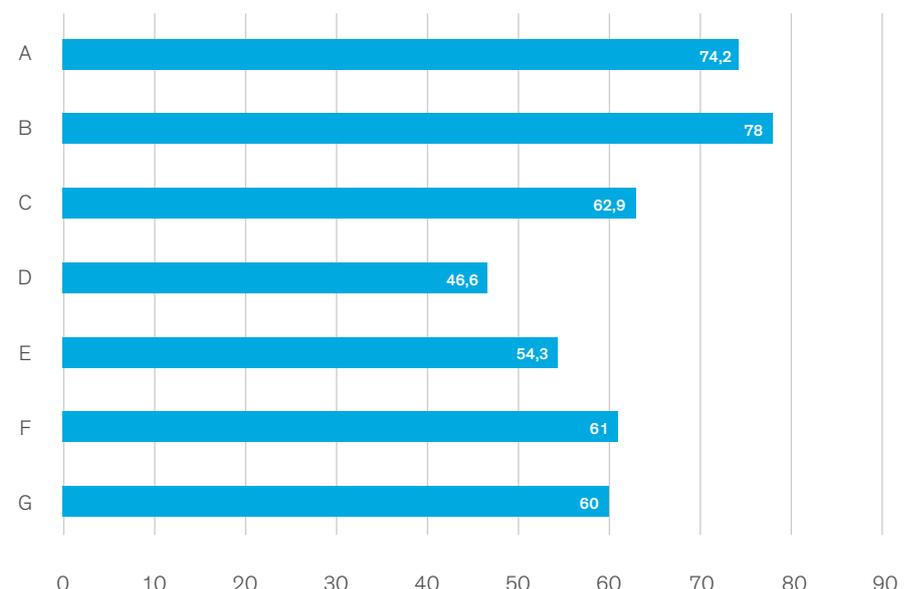
Unsere Umfragedaten zeigen, dass die Beschäftigten diese positiven Aspekte des technologischen Wandels anerkennen, sich aber auch Sorgen über mögliche Arbeitsplatzverluste machen (je nach Art der Beschäftigung werden diese Punkte vermutlich unterschiedlich gewichtet):

- 59,8 Prozent der Befragten in allen Ländern (45,3 Prozent in Deutschland) halten es für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich, dass die Technologie „dazu beitragen wird, dass meine Arbeit und meine Arbeitszeiten besser mit meinem Privatleben vereinbar sind“.
- 54,1 Prozent (43,1 Prozent in Deutschland) halten es für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich, dass die Technologie dazu beitragen wird, „dass meine Arbeit weniger gefährlich oder körperlich anstrengend wird“.
- 55,1 Prozent (47,5 Prozent in Deutschland) glauben, dass die Technologie „dazu beitragen wird, dass meine Arbeit weniger langweilig, repetitiv, anstrengend oder geistig anspruchsvoll wird“.

Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen der Folgen des technologischen Wandels haben für die Politik mehrfache Implikationen. Sie steht vor der Herausforderung, einerseits das technologische und ökonomische Potenzial der Transformation voll auszuschöpfen, andererseits die damit verbundenen Sorgen der Bürger*innen und Beschäftigten aufzufangen und ernst zu nehmen.

Bewältigung des technologischen Wandels: Investitionen in die Bildung sind populär, aber ...

Im zweiten Teil der Analyse ging es um die Unterstützung der Befragten für potenzielle politische Maßnahmen, die ihre Regierungen zur Bewältigung der Folgen des technologischen Wandels ergreifen könnten (Abbildung 2).⁷



Es zeigt sich, dass die Unterstützung für die verschiedenen politischen Maßnahmen sehr unterschiedlich ausfällt. Den größten Zuspruch erfuhren Vorschläge für höhere Investitionen in die Erstausbildung junger Menschen, in lebenslanges Lernen und in die Weiterbildung von Personen im erwerbsfähigen Alter (74,2 Prozent bzw. 78 Prozent). Diese starke Unterstützung für die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten deckt sich mit früheren Untersuchungen zu diesem Thema,⁸ genau wie mit den Empfehlungen von Arbeitsmarktexpert*innen zur Bewältigung des technologischen Wandels.⁹ Auf nationaler wie europäischer Ebene plädieren Expert*innen seit Jahren für Investitionen in Arbeitsmarkt und Sozialstaat.¹⁰ In Deutschland unterstützt zum Beispiel das Weißbuch Arbeiten 4.0 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) diesen allgemeinen politischen Paradigmenwechsel hin zu einem aktivierenden Sozialstaat.¹¹

Denn mutmaßlich reichen Investitionen in die Qualifikationen von Beschäftigten, deren Arbeitsplatz durch den technologischen Wandel unmittelbar gefährdet ist, nicht aus, um ihnen die Angst vor dem sozialen und wirtschaftlichen Abstieg zu nehmen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass Maßnahmen zur direkten Stärkung des sozialen Sicherungsnetzes, insbesondere durch die Erhöhung des Arbeitslosengeldes und ähnlicher Transferleistungen, von 61 Prozent der Befragten befürwortet werden. Die Umsetzung solcher Maßnahmen, zusätzlich zu einer reinen Sozialinvestitionspolitik, könnte eine angemessene Reaktion auf den technologischen Wandel sein. Überraschend, wenn auch in Übereinstimmung mit früheren Studien,¹² ist die ebenfalls große öffentliche Unterstützung für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (60 Prozent). Im Gegensatz dazu findet der Vorschlag weniger Unterstützung (46,6 Prozent), Tech-Firmen und/oder Unternehmen, die stark auf Roboter setzen, zusätzlich zu besteuern. Mehr Zuspruch finden hingegen Vorschläge zur Begrenzung der Arbeitszeit (54,3 Prozent) und zu höheren Investitionen in die digitale Infrastruktur der Wirtschaft (62,9 Prozent).

Vergleicht man diese länderübergreifenden Durchschnittswerte mit den Zahlen für Deutschland, zeigt sich neben weitgehender Übereinstimmung insbesondere ein auffälliger Unterschied: 74,8 Prozent der deutschen Befragten unterstützen verstärkte Aufwendungen in die digitale Infrastruktur. Dieser Wert liegt etwa 12 Prozent über dem Länderdurchschnitt und legt nahe, dass die Deutschen in diesem Bereich erheblichen Investitionsbedarf sehen. Demgegenüber liegt die Unterstützung für Bildung (69,7 Prozent), Umschulung (78,6 Prozent), Unternehmensbesteuerung (43,7 Prozent), Begrenzung der Arbeitszeit (49,4 Prozent), soziale Transferleistungen (55,3 Prozent) und Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (59,5 Prozent) in der Nähe des Länderdurchschnitts. Unter diesen Investitionsfeldern fällt die Abweichung bei sozialen Transferleistungen (5,7 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt) am stärksten aus.

⁸ Busemeyer, M. R., Garritzmann, J. L., Neimanns, E. & Nezi, R. (2018). Investing in Education in Europe: Evidence from a Survey of Public Opinion in Eight European Countries. *Journal of European Social Policy* 28 (1), 34–54.

⁹ Colin, N. & Palier, B. (2015). The Next Safety Net Social Policy for a Digital Age. *Foreign Affairs* 94 (4), 29–33.

¹⁰ Hemerijck, A. (2018). Social Investment as a Policy Paradigm. *Journal of European Public Policy* 25 (6), 810–27.

¹¹ BMAS (2016). Weißbuch Arbeiten 4.0. <https://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a883-weissbuch.html> (abgerufen am 20. Juli 2021).

¹² Dermont, C. & Weisstanner, D. (2020). Automation and the Future of the Welfare State: Basic Income as a Response to Technological Change?. *Political Research Exchange* 2 (1–11).

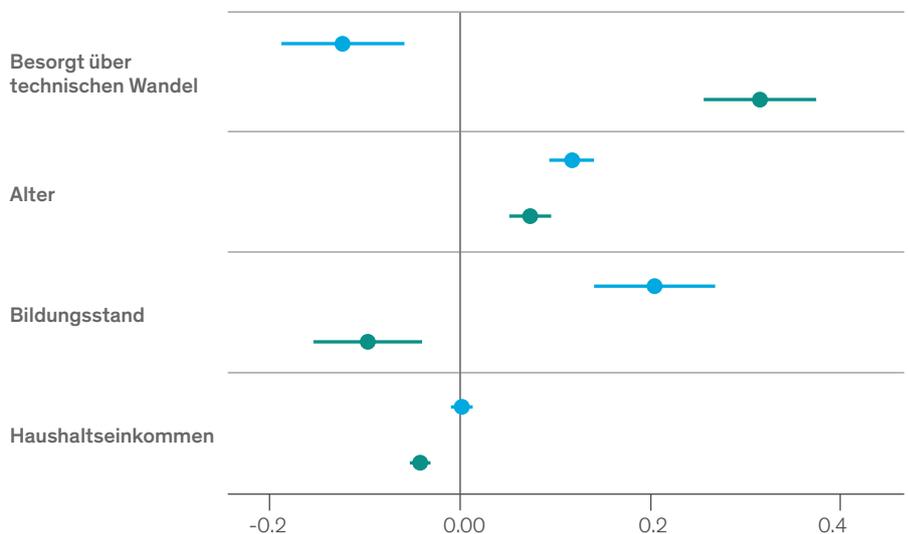
... nicht bei denjenigen, deren Arbeitsplatz akut gefährdet ist

Schließlich analysierten wir, inwieweit der potenzielle technologiebedingte Arbeitsplatzverlust mit den oben genannten Präferenzen für politische Maßnahmen zusammenhängt und diese beeinflussen könnte. Dazu fragten wir, wie Alter, Bildungsniveau und Haushaltseinkommen mit der individuellen Unterstützung für Bildungsinvestitionen (Punkt A aus Abbildung 2) und der Unterstützung für eine bessere Ausstattung der Arbeitslosenversicherung (Punkt F aus Abbildung 2) zusammenhängen. Abbildung 3 zeigt eine Schätzung des Einflusses dieser Variablen. Das Ergebnis ist bemerkenswert: Beschäftigte, die sich um den technologiebedingten Verlust ihres Arbeitsplatzes sorgen, befürworten eher eine bessere Ausstattung von Arbeitslosenversicherung und höhere Sozialtransfers als Investitionen in Bildung und lebenslanges Lernen. Die Unterstützung für Bildungsinvestitionen sinkt bei derart besorgten Beschäftigten von 75,3 Prozent auf 73 Prozent, während die Unterstützung für Arbeitslosengeld von 58,3 Prozent auf 65,7 Prozent steigt. Der zweite Effekt ist also viel größer als der erste.

Abbildung 3: Wie die Sorgen der Beschäftigten ihre politischen Präferenzen beeinflussen.

Hier untersuchen wir, wie individuelle Faktoren die Unterstützung von Bildungsinvestitionen oder soziale Ausgleichszahlungen (Arbeitslosenunterstützung) beeinflussen. Wir verwenden dafür ein sogenanntes multivariates Regressionsmodell. Die Punkte zeigen an, wie stark ein einzelner Faktor die Präferenz beeinflusst. Die Linien zeigen die statistische Unsicherheit (Konfidenzintervall). Wenn die Linien nicht die Nulllinie berühren, ist der Effekt statistisch signifikant.

- Präferenz für Bildungsinvestitionen
- Präferenz für soziale Ausgleichszahlungen (Arbeitslosenunterstützung)



Grundsätzlich ist dieser Befund völlig plausibel: Nervöse Beschäftigte wollen einen kurzfristigen Ausgleich für den befürchteten oder tatsächlichen Verlust ihres Arbeitsplatzes. Mit langfristig wirksamen Investitionen in die Bildung (insbesondere, wenn sie sich auf die jüngere Generation konzentrieren) gelingt es weniger, akute subjektive Ängste der Beschäftigten zu zerstreuen. Doch stellt das Ergebnis eine Herausforderung für die Politik dar: Auch wenn Investitionen in die berufliche Qualifizierung langfristig das wirksamere politische Instrument sein mögen, können sie die kurzfristigen Bedenken derjenigen nicht ausräumen, die direkt mit den Folgen der Digitalisierung und Automatisierung konfrontiert sind und ihren Arbeitsplatz bedroht sehen.

Abbildung 3 gibt auch einen Hinweis auf die Konturen der aktuellen und zukünftigen politischen Auseinandersetzungen über die politischen Antworten auf den technologischen Wandel. Während in der traditionellen Politik des Wohlfahrtsstaates Einkommensunterschiede (und damit zusammenhängend Klassenunterschiede) eine zentrale Rolle spielten, gewinnen in der Wissenswirtschaft Bildungsunterschiede an Bedeutung.¹³ Obwohl Abbildung 3 auch die Präferenzen der Beschäftigten in

Bezug auf ihr Einkommen zeigt, scheint ihr Bildungshintergrund eine viel größere Rolle zu spielen: Befragte mit hoher Bildung befürworten weitere Investitionen in Bildung und lebenslanges Lernen als Antwort auf die Digitalisierung und stehen der Ausweitung von Sozialtransfers deutlich kritischer gegenüber. Beschäftigte mit hoher Bildung tragen in der Regel mehr zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates bei (durch höhere Steuern). Bildungsunterschiede könnten sich daher zu politischen Konflikten über sozialpolitische Prioritäten verdichten und in einen Gegensatz soziale Kompensation gegen soziale Investition münden. Die Herausforderung für die Politik besteht darin, einen Mittelweg zwischen diesen beiden Polen zu finden.

¹³ Ein ähnliches Argument findet sich in Beramendi, P., Häusermann, S., Kitschelt, H. & Kriesi, H. (2015). Introduction: The Politics of Advanced Capitalism. In *The Politics of Advanced Capitalism*. Hrsg. von P. Beramendi, S. Häusermann, H. Kitschelt & H. Kriesi. Cambridge University Press, 1–64.

Ergebnisse und Empfehlungen

1. Unter den Beschäftigten in 24 OECD-Ländern ist die Wahrnehmung des technologischen Wandels unterschiedlich und vielschichtig. Einerseits erkennen die Beschäftigten den potenziell positiven Beitrag des technologischen Wandels an. Andererseits ist ein erheblicher Teil der Erwerbsbevölkerung besorgt über den Verlust des Arbeitsplatzes, der durch Technik ersetzt werden könnte.

Empfehlung: Die Politik sollte die vielschichtigen Bedenken hinsichtlich des technologischen Wandels ernst nehmen und davon absehen, ausschließlich die positiven oder negativen Aspekte des Wandels zu betonen. Erforderlich ist vielmehr ein ausgewogener Ansatz, der die Chancen des technologischen Wandels anerkennt und gleichzeitig die Sorgen der betroffenen Beschäftigten aufgreift.

2. Breite Unterstützung finden politische Vorschläge, die sich auf den Ausbau von Bildungsmöglichkeiten für jüngere Generationen wie auch für ältere Beschäftigte konzentrieren. Dass es eine breite Unterstützung für Bildungsinvestitionen gibt, bietet jedoch noch keine Garantie dafür, dass die entsprechenden Ausgaben tatsächlich erhöht werden.¹⁴

Empfehlung: Die politischen Entscheider*innen sollten vor allem solche Strategien verfolgen, die auf die Erweiterung von Bildungsmöglichkeiten abzielen, insbesondere im Bereich des lebenslangen Lernens. Die Herausforderung besteht hier darin, Bildungsinvestitionen gegen potenzielle kurzfristige Forderungen nach Ausgaben in anderen Politikbereichen abzusichern. Dies könnte in der Folge der Corona-Pandemie ein zunehmend schwieriges politisches Ziel werden, da die öffentlichen Haushalte angespannt sind und es auf absehbare Zeit bleiben werden.

3. Beschäftigte, die den technologiebedingten Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchten, fordern eher direkte Formen der Kompensation durch Erhöhung von Arbeitslosengeld und Sozialtransfers als eine Unterstützung durch Bildungsinvestitionen.

Empfehlung: Obwohl Bildungsinvestitionen Vorrang haben sollten, muss die Politik politische Instrumente entwickeln, die betroffenen Beschäftigten auch direkt helfen, indem neue soziale Investitionen mit einer kompensatorischen Sozialpolitik kombiniert werden. So könnte beispielsweise eine besser ausgestattete Arbeitslosenversicherung mit neuen Instrumenten zur Förderung des lebenslangen Lernens wie Lernkonten oder einem gesetzlichen Anspruch auf lebenslanges Lernen kombiniert werden. Darüber hinaus sollte sich die Politik bemühen, in ihren Kommunikationsstrategien die positiven Aspekte des technologischen Wandels zu betonen.

¹⁴ Busemeyer, M. R., Garrizmann, J. L. & Neimanns, E. (2020). A Loud but Noisy Signal? Public Opinion and Education Reform in Western Europe. Cambridge University Press.

Autoren



Marius R. Busemeyer

Marius R. Busemeyer ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Wohlfahrtsstaatenforschung, Bildungs- und Sozialpolitik, Theorien des institutionellen Wandels sowie der Digitalisierung.



Tobias Tober

Tobias Tober ist Postdoktorand am Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz. Er forscht zu den ökonomischen Folgen der europäischen Integration, den institutionellen Grundlagen von Ungleichheit und der politischen Ökonomie technologischen Wandels.

University of Konstanz
Cluster of Excellence
The Politics of Inequality

Universitätsstraße 10
78464 Konstanz
T +49 7531 88-5772
cluster.inequality@uni-konstanz.de

Vorstand:
Marius R. Busemeyer, Claudia Diehl,
Nils Weidmann
Geschäftsführung: Jessica Haase

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck
oder vergleichbare Verwendung von
Arbeiten des Progressiven Zentrums
auch in Auszügen ist nur mit vor-
heriger schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Cluster of Excellence
„The Politics of Inequality, Perceptions,
Participation and Policies“ and
Das Progressive Zentrum e. V.

Das Progressive Zentrum e. V.

V. i. S. d. P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e. V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin
T +49 30 400 542 55
mail@progressiveszentrum.org

Vorstand:
Michael Miebach, Judith Siller,
Katarina Niewiedzial, Thomas Kralinski
Geschäftsführung: Dominic Schwickert

Bilder (S. 9)
Ines Janas (links)
Tobias Tober (rechts)

Gestaltung & Layout
yella park



Weitere Policy Papers des Clusters
„The Politics of Inequality“
→ [https://www.progressives-zentrum.org/
the-politics-of-inequality/](https://www.progressives-zentrum.org/the-politics-of-inequality/)

Impressum

The Politics of Inequality Perceptions, Participation and Policies

ist ein interdisziplinärer Exzellenzcluster an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, der weltweite Aufstieg von Populisten, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel, ungerecht verteilte Bildungschancen – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

– inequality.uni.kn  [@EXCInequality](https://twitter.com/EXCInequality)

Gefördert durch:

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft
EXC-2035/1-390681379

Das Progressive Zentrum

ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver AkteurInnen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „Zukunft der Demokratie“, „Strukturwandel“ sowie „Internationale Beziehungen“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

– progressives-zentrum.org  [@DPZ_Berlin](https://twitter.com/DPZ_Berlin)

 [@dasprogressivezentrum](https://www.facebook.com/dasprogressivezentrum)